

Niederschrift

über die 18. Sitzung (Etat) (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung
am Donnerstag, **08.03.2007**, 17:00 Uhr,
Konferenzzimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Herr Georg Berding , Herr Olaf Bloch Vertretung für Herrn Florian Steinforth, Herr Werner Quante , Frau Ursula Schaffstein , Herr Stefan Weber , Frau Simone Wendland

von der SPD-Fraktion

Frau Elke Leiendecker , Herr Kurt Pölling

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Herr Heribert Klas , Frau Dr. Rita Stein-Redent

von der FDP-Fraktion

Herr Hans Varnhagen

von der Fraktion UWG-MS/ödp

Frau Hannelore Wiesenack-Hauß Vertretung für Herrn Fritz Pfau

von der Verwaltung

Herr Erwin Goerke , Herr Winfried Hagel , Herr Dr. Wolf Heinrichs , Frau Michaela Heuer (bis 18.20 Uhr), Herr Steffen Maser , Herr Klaus Schönbrunn , Herr Martin Schulze-Werner (zu TOP 1)

für die Schriftführung

Frau Andrea Gottlob

Es fehlten:

Herr Fritz Pfau , Herr Florian Steinforth , Frau Yeliz Tolan

Tagesordnung:

- | | | |
|--------------------------|-----|---|
| | 1. | Eingänge und Mitteilungen |
| <u>V/0019/2007</u>
IV | 2. | Organisationsform der Städtischen Bühnen Münster |
| <u>V/0129/2007</u>
IV | 3. | Bühnenbewirtschaftungsplan der Städtischen Bühnen Münster für die Spielzeit 2007/2008 Finanzplan und Investitionsprogramm für die Spielzeiten 2006/2007 bis 2010/2011 |
| <u>V/0082/2007</u>
II | 4. | Künftige Organisationsform des Tiefbauamtes |
| <u>V/0083/2007</u>
IV | 5. | Angebote zur Internationalisierung der städtischen Bildungslandschaft:
Schul- und Bildungsberatung im Amt für Schule und Weiterbildung und Club D der VHS |
| <u>V/0111/2007</u>
IV | 6. | Nutzungserweiterung der städtischen Kindertageseinrichtung Normannenweg (Gremmendorf) zum Ausbau des Kindertagesbetreuungsangebotes für Kinder unter drei Jahren |
| <u>V/0131/2007</u>
IV | 7. | Weiterentwicklung der Bäderlandschaft in Münster hier: Zustimmung zum weiteren Verfahren |
| <u>V/0166/2007</u>
I | 8. | Zusammenführung der Arbeitsgemeinschaft Münster (AMS) und Unterbringung des Sozialamtes (Standort- aussage Stadthaus 2 und Hafenstraße 6 - 8) |
| <u>V/0163/2007</u>
I | 9. | Beförderungen von Beamten ab A 12 aufwärts; Neu- regelung Beförderungspraxis |
| | 10. | Beratung des Stellenplanes der Stadt Münster für das Jahr 2007 |
| | 11. | Beratung des Haushaltsplanes der Stadt Münster für das Haushaltsjahr 2007 |
| | 12. | Verschiedenes |

Punkt 1 der Tagesordnung**Eingänge und Mitteilungen**

Herr Schulze-Werner erläuterte in einem kurzen Vortrag den Sachstand zu dem Thema „Ordnungspartnerschaft Verkehrsunfallprävention“. Insbesondere wies er auf die Auftaktveranstaltung zur Gründung der Ordnungspartnerschaft am 19.04.07 hin, an der über 130 Institutionen teilnahmen.

Der Ausschuss nahm die Ausführungen zur Kenntnis. Herr Pölling äußerte die Bitte, dieses wichtige Thema, dass in der heutigen Etat-Sitzung viel zu kurz gekommen sei, erneut aufzugreifen. Auf Vorschlag von Herrn Weber wird das in der ersten Sitzung nach der Auftaktveranstaltung erfolgen.

Herr Weber wies auf die vorliegenden Anträge der Fraktionen zum Haushalt, zu den Stellenplanberatungen und zum Rödl-Gutachten hin. Diese würden bei den entsprechenden Tagesordnungspunkten aufgegriffen.

**Punkt 2 der Tagesordnung
V/0019/2007**

Organisationsform der Städtischen Bühnen Münster

Einvernehmlich wurde die Vorlage V/0019/2007 - wie vom Kulturausschuss auch - ohne Beschlussempfehlung in den Hauptausschuss geschoben.

**Punkt 3 der Tagesordnung
V/0129/2007**

Bühnenbewirtschaftungsplan der Städtischen Bühnen Münster für die Spielzeit 2007/2008 Finanzplan und Investitionsprogramm für die Spielzeiten 2006/2007 bis 2010/2011

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme der Stellenübersicht zum Bühnenbewirtschaftungsplan für das Spieljahr 2007/2008 zu empfehlen.

Die Stellenübersicht ist dem Original dieser Niederschrift beigelegt.

**Punkt 4 der Tagesordnung
V/0082/2007**

Künftige Organisationsform des Tiefbauamtes

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat nimmt die in der Begründung dargestellten Hinweise zur **Beibehaltung der derzeitigen Organisationsform des Tiefbauamtes als Amt zustimmend** zur Kenntnis. Der Auftrag zur Prüfung und Einführung einer Anstalt des öffentlichen Rechts (AÖR) aus der Vorlage 0464/2006 ist damit erledigt.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, perspektivisch **die Vorteile eines Eigenbetriebs bzw. einer eigenbetriebsähnlichen Einrichtung für die Leistungen des Amtes 66 zum Ende der Legislaturperiode darzustellen und eine Umsetzung mit den notwendigen Schritten entscheidungsreif** vorzubereiten.
3. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass das **Volumen der Sparmaßnahmen**, das im Rödl-Vorschlag Nr. 226 genannt wird, z. T. durch die vorgeschlagenen Maßnahmen (Prozessoptimierung) **erreicht werden kann**. Der Konsolidierungsvorschlag Nr. 226 der Fa. Rödl & Partner ist damit erledigt.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Kosten oder Folgekosten entstehen.

**Punkt 5 der Tagesordnung
V/0083/2007**
**Angebote zur Internationalisierung der städtischen
Bildungslandschaft:
Schul- und Bildungsberatung im Amt für Schule
und Weiterbildung und Club D der VHS**

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat stimmt dem Konzept der Schul- und Bildungsberatung zu.
2. Der Rat beschließt die Fortführung der „Bildungsberatung International“. Im Stellenplan wird hierfür ab dem 01.08.2007 eine Stelle BAT IV b / Entgeltgruppe 9 TVöD mit 19,25 Wochenstunden dauerhaft eingerichtet.
3. Der Rat beschließt die unbefristete Fortführung von Angeboten zur außerschulischen Sprachförderung von Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern durch die VHS Münster ("Club D", "Mama lernt Deutsch" u. ä.) ab 01.05.2007.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass jährlich Kosten in Höhe von 51.000 € entstehen. Die bisher dafür schon im Etatentwurf 2007 ff. bei den „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ im Teilergebnisplan „Zentrale Leistungen für Schüler/innen und am Schulleben Beteiligte“ (Produktgruppe 0302) veranschlagten Mittel werden zukünftig wie folgt veranschlagt:

Position Teilergebnisplan	Ansatz 2007	Ansatz 2008 ff.	Erläuterung
Personalaufwendungen	11.150,- €	26.760,- €	Personalaufwendungen 0,5 Stelle EGr. 9 ab Einrichtung der Stelle
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	39.850,- €	24.240,- €	Honorarkosten und Sachmittel „Club D“; 2007 anteilige Personalkosten bis Einrichtung Stelle
Gesamt	51.000,- €	51.000,- €	

**Punkt 6 der Tagesordnung
V/0111/2007**
Nutzungserweiterung der städtischen Kindertageseinrichtung Normannenweg (Gremmendorf) zum Ausbau des Kindertagesbetreuungsangebotes für Kinder unter drei Jahren

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

Beschlussvorschlag:**I. Sachentscheidung:**

1. Der Rat der Stadt Münster stimmt der Umstrukturierung einer Regelkindergartengruppe in eine Altersgemischte Gruppe (ganztags) zur Betreuung unter 3-jähriger Kinder in der städtischen Kindertageseinrichtung Normannenweg in Gremmendorf zu.
2. Der Rat stimmt den mit der Umstrukturierung verbundenen geringfügigen baulichen Veränderungen entsprechend dem Raumprogramm (Anlage 1) sowie der adäquaten Ausstattung der Einrichtung (Anlagen 2 a, 2 b, 2 c) zu. Die Kosten für die Gesamtmaßnahme belaufen sich voraussichtlich auf rd. 32.650 €.
3. Der Rat der Stadt Münster stimmt den Auswirkungen der Maßnahme im Stellenplan 2007/2008 zu.

Zum Stellenplan 2007 (ab 01.08.2007) werden

1,00 Stelle Entgeltgruppe 6 (38,5 Fachkraftstunden/Woche) eingerichtet und

0,25 Stelle Entgeltgruppe 3 (9,5 Ergänzungskraftstunden/Woche) eingespart.

Die zusätzlich entstehenden Personalkosten für die u3-Betreuung in Höhe von 13.710 € im Jahr 2007 und 32.910 € in den Folgejahren werden entsprechend den beschlossenen Grundlagen der Finanzierung zur Umsetzung des Tagesbetreuungsausbauprogramms der Stadt Münster – Ratsbeschluss V/1033/2004 – aus den bei der HHSt. 4640.718.0500.7 bereitgestellten Mitteln übernommen.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass für die Maßnahme einmalige Kosten in Höhe von ca. 32.650 € entstehen (investive Kosten entsprechend dem Beschlusspunkt 2)

Davon entfallen voraussichtlich auf die

- baulichen Veränderungen im Gebäude = 17.550 € (Anlage 2 a)
- Ergänzungen der Möbel und des Kleinspielzeugs = rd. 6.600 € (Anlage 2 b)
- Veränderungen im Außenbereich/Spielbereich = 8.500 € (Anlage 2 c)

Betriebsbedingte Mehrkosten in Höhe von 13.710 € im Jahr 2007 und 32.910 € in den Folgejahren entstehen durch das erforderliche zusätzliche Personal für die u3-Betreuung (Verwaltungshaushalt entsprechend dem Beschlusspunkt 3).

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Ausgaben				
Haush.- stelle	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkung
4640.940.0700.8	Baukosten u. Zuschuss u3- Programm	2007	32.650 €	
4640.718.0500.7	Maßnahmen i. R. des u3- Programms	2007	13.710 €	5/12 anteilige Personalkosten
4640.718.0500.7	Maßnahmen i. R. des u3- Programms	2008 ff	32.910 €	

Die SPD-Fraktion stellte zur Vorlage folgenden Antrag:

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung möge beschließen:

1. Die Sanierung, Modernisierung und Attraktivierung der städtischen Bäderlandschaft erfolgt durch die Stadt Münster. Das bislang von der Rathaus-Koalition favorisierte FM-Modell-II oder PPP-Verfahren wird für die Sanierung und Modernisierung der Bäder ausgeschlossen.
2. Die Wasserfläche wird über die Schließungen hinaus bei den Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen in den Hallen- und Freibädern nicht noch weiter reduziert. Die Planungen, die insbesondere bei den Freibädern eine gravierende Verringerung der Wasserflächen vorsehen (Freibad Hiltrup: -40%, Stapelskotten: - 40%, Coburg: - 18%), sind entsprechend zu überarbeiten.
3. Um ein zumindest ansatzweise zufrieden stellendes Angebot an Badezeiten für die verschiedenen Gruppen, Schulen, Vereine und die Öffentlichkeit zur Verfügung stellen zu können, müssen die Öffnungszeiten der Bäder bestmöglich genutzt, flexibel gestaltet und ausgeweitet werden. (z.B. Angebote für Frühschwimmer an Werktagen, flexiblere Öffnungszeiten der Freibäder bei Schönwetterperioden, etc.). In diesem Zusammenhang sind die Auswirkungen des Parallelschwimmens insbesondere auf die Situation im jeweiligen Bad sowie auf die Personal- und Kostenstruktur darzustellen.
4. Trotz einzelner Bäderschließungen muss weiterhin ein qualifizierter Schwimmunterricht an den Schulen stattfinden können. Das bedeutet, dass den Schulen die hierfür erforderlichen Wasserzeiten und Wasserflächen in den nächst gelegenen Bädern im Belegungsplan reserviert werden. Eine Regelung, nach der die Anfahrtszeit länger als die Schwimmzeit beträgt, ist nicht hinnehmbar.
5. Bei der Sanierung und Modernisierung der Bäder ist auf eine bedarfsgerechte, zukunftsgerichtete, differenzierte und für die Bürger attraktive Neuausrichtung der Bäderlandschaft zu achten. In diesem Zusammenhang sind die Konzepte für die einzelnen Frei- und Hallenbäder, insbesondere für die Hallenbäder Mitte und Ost im Hinblick auf den Wellness- und Gesundheitsbereich unter Attraktivierungs- und wirtschaftlichen Gesichtspunkten noch einmal zu überprüfen.
6. Bei den Gesprächen über die Weiterführung der Hallenbäder Handorf und Süd in privater Trägerschaft wird analog der städtischen Unterstützung für das Freibad Coburg die Möglichkeit eines städtischen Zuschusses in Aussicht gestellt. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, inwieweit Schülerfahrtkosten, die bei Schließung dieser Bäder zu entfernt gelegenen Hallenbädern anfallen würden, in diesen Zuschuss eingerechnet werden können. Falls eine Weiterführung der Hallenbäder Handorf und Süd in privater Trägerschaft unter den skizzierten Voraussetzungen nicht möglich ist, trifft der Rat die endgültige Entscheidung über den Zeitpunkt der Einstellung des Betriebes dieser Bäder nach Vorlage des Schul- und Vereinsbadeplanes.
7. wie 4.1, 4.2 und 4.7 der Vorlage

Herr Pölling erläuterte den Antrag. Fachlich werde die Vorlage zeitgleich im Sportausschuss beraten. Der Antrag der SPD wurde bei Für-Stimmen der SPD und Enthaltung von Bündnis90/Die Grünen/GAL mit den Stimmen von CDU/FDP abgelehnt.

Entsprechend der Beschlussfassung im Ausschuss für Bauwesen und Umweltschutz wurde der Beschlussvorschlag der Vorlage um die Punkte 2.3.4 und 2.3.5 ergänzt. Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss sodann mehrheitlich mit den Stimmen von CDU/FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen/GAL dem Rat die Annahme des geänderten Beschlussvorschlages zu empfehlen:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Rahmenkonzept zur zeitlichen Bereitstellung der Bäder

- 1.1 Der Rat nimmt das Rahmenkonzept zur zeitlichen Bereitstellung (Betriebs- bzw. Öffnungszeiten) der Bäder zur Kenntnis **(Anlage 1)**.
- 1.2 Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Weiterentwicklung des Konzeptes zur Neuausrichtung der Bäderlandschaft zu prüfen, ob und welche Möglichkeiten bestehen, - auch im Hinblick auf mögliche sanierungsbedingte Nutzungsbeeinträchtigungen ab 2008 – die Öffnungszeiten – auch punktuell und befristet – auszuweiten.

2. Weiteres Verfahren zur Umsetzung des Bäderkonzeptes

- 2.1 Der Rat beschließt in Abänderung seines Beschlusses vom 13.12.2006 (Vorlage 1009/2006 – 2. Ergänzung), dass - auf Grund der zwischenzeitlich von der Verwaltung vorgenommenen detaillierten Prüfung der Rechts- und Verfahrensfragen und der daraus resultierenden Erkenntnisse insbesondere zu den Verfahrensrisiken und der damit möglicherweise verbundenen Verlängerung der Verfahrensdauer – die Sanierung und Attraktivierung der städtischen Bäderlandschaft durch die Verwaltung erfolgt.
- 2.2 Der vorgesehene Teilnahmewettbewerb und die nachgehende europaweite Ausschreibung, mit dem Ziel, über ein sogenanntes „FM-Modell-II“ oder ein sogenanntes „PPP-Full-Size-Modell“ Private zu beauftragen, wird daher nicht durchgeführt.
- 2.3 Der Rat beauftragt die Verwaltung,
 - 2.3.1 auf der Grundlage der in Fortführung des „Wenzel-Gutachtens“ erarbeiteten konzeptionellen Eckdaten **(Anlage 2 a – 2 i und Anlage 3)** für die Sanierung und Attraktivierung der städtischen Bäderlandschaft kurzfristig einen Projektrahmen zu erarbeiten und mit einer Übersicht über die Zeit- und Maßnahmenplanung dem Rat in seiner Sitzung am 10. Mai zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen,
 - 2.3.2 dabei – neben dem Freibad Hilstrup, zu dem mit dieser Vorlage weitergehende Beschlüsse vorgeschlagen werden (vgl. Ziffer 3 des Beschlusstextes) – bereits für die Sitzung des Rates im Mai konkretisierte Vorschläge zur Sanierung und Attraktivierung eines Hallenbades vorzubereiten und möglichst auch zur Beschlussfassung vorzulegen,
 - 2.3.3 die projektbezogenen organisatorischen Dispositionen zu treffen, um eine Sanierung und Attraktivierung der nach dem Bäderkonzept weiterzuführenden Bäder kurzfristig in die Wege zu leiten und die entsprechenden Beschlüsse (Beauftragung von Architektur- und Ingenieurbüros, Zustimmung zur Planung und Baubeschluss) zeitnah vorzubereiten und herbeizuführen.

2.3.4 bei der Erarbeitung des Projektrahmens davon auszugehen, dass die Sanierung des Hallenbades Mitte erst ab dem Jahr 2010 erfolgt.

2.3.5 die Planung für das Hallenbad Roxel so anzupassen, dass ein direkter Zugang aus der Schwimmhalle zu den Liegeflächen außerhalb der Schwimmhalle ermöglicht wird.

Die Beschlüsse zur Finanzierung werden entsprechend angepasst.

3. Zustimmung zum Planungskonzept für das Freibad Hiltrup

- 3.1 Der Rat stimmt den unter Punkt 2. der Begründung und in der **Anlage 2 a** erläuterten konzeptionellen Eckdaten (Raumprogramme, Marktpositionierung, Kosten) für das Freibad Hiltrup zu und beauftragt die Verwaltung auf Grundlage der als **Anlage 4** für das Freibad Hiltrup beigefügten planerischen Konkretisierung die weitere Planung so durchzuführen, dass mit der Sanierung/Wiederherstellung und Optimierung des Bades nach Ende der Freibadsaison 2007 (September 2007) begonnen werden kann. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die planerische Konkretisierung im Zuge der noch zu erfolgenden Abstimmungen mit den Genehmigungsbehörden ggf. noch angepasst wird.
- 3.2 Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass für die Becken- und Techniksanieierung sowie die baulich damit verbundenen weiteren Maßnahmen und die Wiederherstellung und Optimierung der Freianlagen Investitionen in Höhe von 4.255.000 € (netto) entstehen. Diese Summe ist in den Mittelansätzen enthalten und steht - vorbehaltlich der Beschlussfassung zum Haushalt 2007 - bereit.

4. Aufgabe von Bäderstandorten

Gemäß den Grundsatzbeschlüssen zur Vorlage V0844/2005 und den weiterführenden Beschlüssen zu den Vorlagen V/0835/2006 und V/10009/2006 – 2. Ergänzung, werden folgende Bäderstandorte aufgegeben:

- 4.1 Der Betrieb des Freibades Nienberge wird zur Saison 2007 nicht wieder aufgenommen und der Bäderstandort aufgegeben. Dabei nimmt der Rat zur Kenntnis, dass auf Grund der bestehenden Rechtslage (Erbbaurecht) nur eine weitere Verwendung mit einer „sportlichen Nutzung“ zulässig ist.
- 4.2 Die Verwaltung wird daher beauftragt, für den ehemaligen Standort des Freibades Nienberge mit den Vereinen vor Ort die konzeptionellen Möglichkeiten für die Verwendung dieses Areals zu klären und Vorschläge für eine entsprechende Nutzung zu entwickeln und den zuständigen Gremien vorzulegen.
- 4.3 Der Betrieb im Freibad Handorf wird zu Beginn der Bädersaison 2007 nicht wieder aufgenommen und der Standort für eine Nutzung als Freibad aufgegeben. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass für beide Badstandorte (Frei- und Hallenbad) derzeit parallel ein Konzept mit dem Ziel der baulichen Entwicklung der städt. Flächen erarbeitet wird.
- 4.4 Der Betrieb des Hallenbades Handorf wird zum 31.07.2008 eingestellt, es sei denn, dass das Bad aus städtischer Trägerschaft entlassen werden kann und für das Hallenbad Handorf, ggf. auch unter Einbeziehung der Freibadfläche, eine Weiterführung in privater Trägerschaft gem. den im Ratsbeschluss vom 07.12.2005 genannten Bedingungen möglich ist.
- 4.5 Der Betrieb des Südbades wird zum 31.07.2007 eingestellt, es sei denn, dass das Bad aus städtischer Trägerschaft entlassen werden kann und für das Südbad, eine Weiterführung in privater Trägerschaft gem. den im Ratsbeschluss vom 07.12.2005 genannten

Bedingungen möglich ist oder, dass die Prüfung der Verwaltung (vgl. Ziffer 5 des Beschlussvorschlages) ergibt, dass ein kürzeres, zeitlich befristetes Offenhalten des Südbades während der ersten Sanierungsphase der städtischen Bäder sinnvoll und umsetzbar ist.

- 4.6 Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten der Weiterführung für das Hallenbad Handorf und das Südbad – für diese beiden Bäder liegen Interessenbekundungen entsprechender Initiativen vor – zeitnah und in Rückkopplung zu den Initiatoren verbindlich zu klären.
- 4.7 Der Betrieb des Hallenbades Amelsbüren wird zum Schuljahresende 2007/2008 eingestellt und das Bad im Rahmen der Weiterverwendung des Gebäudes zu einer Gymnastikhalle für schulische und sportliche Zwecke umgebaut. Die Verwaltung wird beauftragt, die hierfür erforderlichen Planungen, Umsetzungsmaßnahmen und die erforderlichen Kosten zu ermitteln und zum Haushalt anzumelden.

5. Anregung des Fördervereins Münster-Süd e.V.

Der Anregung des Fördervereins Bürgerbad Münster-Süd e. V., (**Anlage 5**) das Südbad bis zum Abschluss der Sanierung der anderen Bäder in Betrieb zu halten, wird in dieser Form nicht gefolgt. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der bis zur Sitzung des Rates am 10.05.07 vorzunehmenden Konkretisierung der Zeit- und Maßnahmenplanung zu prüfen, ob ein kürzeres, zeitlich befristetes Offenhalten des Südbades während der ersten Sanierungsphase der Hallenbäder sinnvoll und umsetzbar ist. Die Anregung ist unter Einbezug dieses Prüfungsauftrages an die Verwaltung in der Sache erledigt.

Kosten/Folgekosten/Finanzierung

Die notwendigen Mittel werden im Haushalt 2007 bereitgestellt.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Sachentscheidungen sind im Teilfinanzplan aus der Produktgruppe 0802 „Bäder“ zu finanzieren (siehe dazu unten stehende Tabelle).

Der Ausweis der aufwandsneutralen Umsatzsteuer erfolgt für den Betrieb gewerblicher Art „Bäder“ über den NKF Finanzplan. Die entsprechenden Positionen sind wie folgt zu erhöhen:

Zeile	Position	2007	2008	2009
07	sonstige Einzahlungen	640.300	1.661.550	1.690.050
15	sonstige Auszahlungen	640.300	1.661.550	1.690.050

Das vorliegende Detailkonzept führt dazu, dass sich die Investitionskosten auf die Haushaltsjahre wie folgt verteilen:

Maßnahmenziffer	Jahr	Haushaltplan-Entwurf 2007	Neue Veranschlagung	Differenz
5700.940.1400.4 Modernisierung FB Hiltrup 4000 Modernisierung Freibad Hiltrup	2006	15.000	15.000	0
	2007	1.539.000	1.750.000	211.000
	(2007 VE)	(150.000)	(2.505.000)	(2.355.000)
	2008	2.052.000	3.000.000	948.000
	2009	667.000	935.000	268.000
Gesamt Freibad Hiltrup		4.273.000	5.700.000	+ 1.427.000

Maßnahmenziffer	Jahr	Haushaltplan- Entwurf 2007	Neue Ver- anschla- gung	Differenz
5700.940.1410.0 Modernisierung HB Kinderhaus 4010 Modernisierung Hallenbad Kinderhaus	2006 2007 (2007 VE) 2008 2009	15.000 170.000 (750.000) 1.026.000 1.955.000	15.000 170.000 (275.000) 1.465.000 0	0 0 - (475.000) 439.000 - 1.955.000
Gesamt Hallenbad Kinderhaus		3.166.000	1.650.000	- 1.516.000
4020 Modernisierung Hallenbad Wolbeck	2007 (2007 VE) 2008	462.000 (75.000) 739.000	50.000 (102.000) 1.000.000	- 412.000 + (27.000) 261.000
Gesamt Hallenbad Wolbeck		1.201.000	1.050.000	- 151.000
4030 Modernisierung Hallenbad Roxel	2007 (2007 VE) 2008	452.000 (1.000.000) 1.539.000	800.000 0 0	+ 348.000 - (1.000.000) - 1.539.000
Gesamt Hallenbad Roxel		1.991.000	800.000	- 1.191.000
5700.940.1440.X Modernisierung FB Stapelskotten 4040 Modernisierung Freibad Stapelskotten	2006 2007 (2007 VE) 2008 2009	15.000 103.000 (1.250.000) 1.898.000 1.232.000	15.000 200.000 (667.000) 2.235.000 2.000.000	0 97.000 - (583.000) 337.000 768.000
Gesamt Freibad Stapelskotten		3.233.000	4.450.000	+ 1.202.000
5700.940.1450.6 Modernisierung HB Ost 4050 Modernisierung Hallenbad Ost	2006 2007 (2007 VE) 2008 2009	15.000 103.000 (500.000) 719.000 2.052.000	15.000 200.000 (600.000) 600.000 2.785.000	0 97.000 (100.000) - 119.000 733.000
Gesamt Hallenbad Ost		2.889.000	3.600.000	+ 711.000
5700.940.1460.2 Modernisierung HB Hilstrup 4060 Modernisierung Hallenbad Hilstrup	2006 2007 (2007 VE) 2008 2009	15.000 0 (100.000) 103.000 2.668.000	15.000 100.000 (285.000) 285.000 1.850.000	0 100.000 (185.000) 182.000 - 818.000
Gesamt Hallenbad Hilstrup		2.786.000	2.250.000	- 536.000
5700.940.1470.9 Modernisierung HB Mitte 4070 Modernisierung Hallenbad Mitte	2006 2007 (2007 VE) 2008 2009	15.000 0 (50.000) 52.000 924.000	15.000 100.000 (160.000) 160.000 1.325.000	0 100.000 (110.000) 108.000 401.000
Gesamt Hallenbad Mitte		991.000	1.600.000	+609.000
5700.940.1480.9 Modernisierung FB Coburg 4080 Modernisierung Freibad Coburg	2006 2007 (2007 VE) 2008 2009 2010	15.000 103.000 0 770.000 2.719.000 513.000	15.000 103.000 (536.000) 536.000 1.500.000 1.411.000	0 0 (536.000) - 234.000 -1.219.000 898.000
Gesamt Freibad Coburg (netto)		4.120.000	3.565.000	- 555.000
Nettogesamtinvestitionskosten		24.665.000	24.665.000	0

Auf Grund der noch ungeklärten steuerlichen Fragen mit dem Verein DJK Coburg ist eine Erhöhung der Investitionskosten für das Freibad Coburg erforderlich um die finanziellen Grundlagen für das Verfahren zu schaffen. Das bedeutet konkret, dass die Mittel aufgrund der umsatzsteuerlichen Effekte für das Freibad Coburg um 675.000 € erhöht werden.

Mehrbelastung durch die Mwst für Freibad Coburg				
4080 Modernisierung Freibad Coburg	2007		20.000	20.000
	2008		102.000	102.000
	2009		285.000	285.000
	2010		268.000	268.000
Gesamt			675.000	+ 675.000
Gesamtinvestitionskosten		24.665.000	25.340.000	+ 675.000

Eine ggf. notwendige Anpassung der vorgesehenen Veranschlagungen wird im Rahmen der weiteren Projektkonkretisierung nach den zeitlichen Notwendigkeiten vorgenommen.

Punkt 8 der Tagesordnung V/0166/2007	Zusammenführung der Arbeitsgemeinschaft Münster (AMS) und Unterbringung des Sozialamtes (Standortaussage Stadthaus 2 und Hafenstraße 6 - 8)
---	--

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der räumlichen Zusammenführung der beiden Geschäftsbereiche der Arbeitsgemeinschaft Münster „Leistungsgewährung“ und „Markt und Integration“ im Stadthaus 2 wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Arbeitsgemeinschaft Münster und der Bundesagentur für Arbeit / Agentur für Arbeit Münster die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen, das Projekt zum 01.02.2008 umzusetzen.
2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass beabsichtigt ist, für diesen Zweck das Sozialamt in das Gebäude Hafenstraße 6 – 8 zur verlagern.
3. Es wird zur Kenntnis genommen, dass durch diese Maßnahme folgende Kosten entstehen:

Kosten für den Umzug des Sozialamtes 15.000 Euro
*Bereitstellung der Mittel aus dem Teilergebnisplan
 0112, Zeile 13 „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“*

Kosten für die Beschaffung und Installation einer Rollregalanlage 24.000 Euro
*Bereitstellung der Mittel aus dem Teilfinanzplan
 0113 „zentrale Dienste“ in der Maßnahme „An- und Verkauf von beweglichem Anlagevermögen“*

Kosten für den Ausbau einer Kupferleitung zwischen dem Stadthaus 2 und dem Gebäude Hafenstraße 6 – 8 10.000 Euro
Finanzierung erfolgt aus dem Wirtschaftsplan der citeq

**Punkt 9 der Tagesordnung
V/0163/2007**

**Beförderungen von Beamten ab A 12 aufwärts;
Neuregelung Beförderungspraxis**

Zu Beginn der Sitzung war an alle Anwesenden eine Neufassung der Vorlage V/0163/2007 verteilt worden.

Zu der Vorlage stellte die SPD-Fraktion folgenden Antrag:

„Die Wartezeit für Beförderungen nach Übertragung höherwertiger Stellen beträgt in allen Besoldungsgruppen einheitlich 2 Jahre.“

Herr Pölling begründete den Antrag. Herr Dr. Heinrichs erläuterte zunächst inhaltlich die Vorlage und erklärte, dass die Neufassung aufgrund eines Rechenfehlers bzw. einer redaktionellen Änderung erforderlich war. Die Verwaltung schlage vor, das Beförderungsmoratorium auslaufen zu lassen. Von dem Auslaufen des Stellenhebungs- und Beförderungsaufschubs solle das Signal einer positiven Grundentscheidung für alle betroffenen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ausgehen. Daraus resultiere die konkrete stufenweise Umsetzung. Eingebunden sei dies in dem neuen Regelungsvorschlag für die zukünftige Beförderungspraxis bei der Stadt Münster. Herr Dr. Heinrichs gab darüber hinaus Hinweise zu den vorgeschlagenen Wartezeiten und zu der quantitativ-finanziellen Begrenzung.

Zunächst wurde über den Antrag der SPD-Fraktion angestimmt. Dieser wurde mit den Stimmen von CDU/FDP gegen die Für-Stimmen von SPD/Bündnis 90/Die Grünen/GAL mehrheitlich abgelehnt.

Sodann beschloss der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung mehrheitlich mit den Stimmen von CDU/FDP und Bündnis 90/Die Grünen/GAL gegen die Stimmen der SPD den folgenden Beschlussvorschlag:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Stellenhebungs- und Beförderungsaufschub für Beamte/innen ab der Besoldungsgruppe A 12 aufwärts 2007 ausläuft.
2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass für Beamte/innen ab 2007 neue Beförderungsregeln dauerhaft eingeführt werden.
3. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die im Verwaltungsentwurf des Stellenplans 2007 unter Ziffer 4.4 enthaltenen Stellenhebungen bis zur Besoldungsgruppe A 11 den neuen Grundsätzen entsprechen. Dem Rat wird empfohlen, die Stellen im Rahmen der Verabschiedung des Stellenplans entsprechend anzuheben.
4. Es wird zur Kenntnis genommen, dass zu den Stellenplänen 2005, 2006 und 2007 insgesamt vom Stellenhebungsaufschub 37 Stellen, vom Beförderungsaufschub 50 Beamte/innen betroffen waren. Unter Beachtung der Grundsätze gem. Ziffer 2 wird dem Rat empfohlen im Rahmen der Verabschiedung der Stellenpläne in den Jahren 2007 bis 2010 die Stellen entsprechend anzuheben und die Beamten/innen zu befördern.

II. Kosten/Folgekosten

Die Gesamtkosten (Ziffer 3 und 4 des Beschlussvorschlags) betragen

2007	129.000 Euro
2008	155.400 Euro
2009	116.000 Euro

2010 90.600 Euro

Die Kosten für Beförderungen werden nicht gesondert veranschlagt, sondern über Personalbewirtschaftungseffekte finanziert.

Punkt 10 der Tagesordnung	Beratung des Stellenplanes der Stadt Münster für das Jahr 2007
----------------------------------	---

Dem Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung lagen zur Beratung vor:

- Verwaltungsentwurf zum Stellenplan 2007
- Ergänzung zum Stellenplan-Entwurf 2007
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL auf Einrichtung von 3 x 0,5 Stellen für Sozialarbeiter/innen in den Grundschulen in Coerde und Kinderhaus (mündlich)
- Antrag der CDU/FDP – Fraktion zur Umsetzung des Gutachtens Rödl & Partner vom 08.03.07
- Antrag der SPD-Fraktion zu den personalwirksamen Maßnahmen des Rödl-Gutachtens – Gesamtantrag vom 08.03.07

Die Unterlagen sind dem Original dieser Niederschrift beigelegt.

Vor Einstieg in die Beratung wies Herr Goerke auf zwei redaktionelle Korrekturen auf den Seiten 12 und 55, Ziffer 12 hin. Der Ausschuss nahm die Ausführungen dazu zur Kenntnis und erklärte sich mit den Änderungen einverstanden.

Die Beratung des Stellenplanentwurfs erbrachte folgende Ergebnisse:

10.1 Stelleneinsparungen

Die SPD-Fraktion stellte folgenden Antrag:

Die freiwerdende Stelle des Dezernenten für Planung und Baukoordination bleibt für 2Jahre unbesetzt.

Der Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von CDU/FDP gegen die Für-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen/GAL abgelehnt.

Anschließend erklärte sich der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung einstimmig mit den im Verwaltungsentwurf vorgeschlagenen Stelleneinsparungen (S. 27 – 29) einverstanden.

10.2 Stellenvermehrungen

Herr Klas beantragte für seine Fraktion die Einrichtung von 3 x 0,5 Stellen für Sozialarbeiter/innen in den Grundschulen in Coerde und Kinderhaus. Der Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von CDU/FDP gegen die Für-Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL und SPD abgelehnt

10.3 Stellenveränderungen durch Zugang aus den Wirtschaftsplänen bzw. Übergang in die Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den im Verwaltungsentwurf vorgeschlagenen Stellenveränderungen (S. 33) einverstanden.

10.4 Stellenwertveränderungen/Stellenverlagerungen aufgrund von Organisationsmaßnahmen und/oder Personalumsetzungen

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den im Verwaltungsentwurf vorgeschlagenen Stellenwertveränderungen (S. 37) einverstanden.

10.5 Stellenhebungen

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den im Verwaltungsentwurf (S. 41 - 46) sowie mit den in der Ergänzung des Verwaltungsentwurfs vorgeschlagenen Stellenhebungen einverstanden.

10.6 Anpassung des Stellen-Solls an die Ist-Einstufung nach Organisationsmaßnahme und/oder Personalumsetzung/-einsatz

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den im Verwaltungsentwurf (S. 49 - 51) sowie mit den in der Ergänzung des Verwaltungsentwurfs enthaltenen Veränderungen einverstanden.

10.7 Stellenumwandlungen

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den im Verwaltungsentwurf vorgeschlagenen Stellenumwandlungen (S. 55 -57) einverstanden.

10.8 Stellenabwertungen

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den im Verwaltungsentwurf vorgeschlagenen Stellenabwertungen (S. 61/62) einverstanden.

10.9 Zeitlich befristete Projekte

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den genannten zeitlich befristeten Projekten (S. 65/66) einverstanden.

10.10. Wegfall von kw-Vermerken

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig, mit den im Verwaltungsentwurf (S. 69) genannten Veränderungen einverstanden.

10.11 Abstimmung über Vorschläge aus dem Rödl-Gutachten mit Stellenplanbezug (Anbringung von kw-Vermerken)

Die CDU/FDP-Fraktion stellte hierzu folgenden Antrag:

Haushaltsberatungen
Umsetzung des Gutachtens Rödl & Partner

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung möge beschließen:

Über die Vorschläge aus dem Anhang 2 des Gutachtens wird wie folgt beschlossen:

Vorschlag Nummer	Entscheidung
1	Vorschlag wird nicht aufgegriffen
4	Vorschlag wird geändert umgesetzt, einzusparen sind 2007: 10.000 € 2008: 10.000 € 2009: 10.000 € 2010: 10.000 €
8	Vorschlag wird geändert umgesetzt, einzusparen sind 2007: 0 € 2008: 22.500 € 2009: 22.500 € 2010: 22.500 €
15	Vorschlag wird umgesetzt
17	Vorschlag wird umgesetzt
18	Vorschlag wird umgesetzt
19	Vorschlag wird geändert umgesetzt, einzusparen sind 2007: 10.000 € 2008: 10.000 € 2009: 10.000 € 2010: 10.000 €
20	Vorschlag wird nicht aufgegriffen
21	Vorschlag wird nicht aufgegriffen
22	Vorschlag wird geändert umgesetzt, einzusparen sind 2007: 200.000 € 2008: 400.000 € 2009: 600.000 € 2010: 600.000 €
23	Vorschlag wird umgesetzt
24	Vorschlag wird geändert umgesetzt, einzusparen sind 2007: 225.000 € 2008: 900.000 € 2009: 1.890.000 € 2010: 3.015.000 €
25	Vorschlag wird umgesetzt
26	Vorschlag wird umgesetzt
27	Vorschlag wird umgesetzt
28	Vorschlag wird nicht aufgegriffen
29	Vorschlag wird geändert umgesetzt, einzusparen sind 2007: 0 € 2008: 45.000 € 2009: 45.000 € 2010: 45.000 €
30	Vorschlag wird umgesetzt
31	Vorschlag wird umgesetzt
32	Vorschlag wird umgesetzt
33	Vorschlag wird umgesetzt
34	Vorschlag wird umgesetzt
35	Vorschlag wird umgesetzt
36	Vorschlag wird geändert umgesetzt, einzusparen sind 2007: 0 € 2008: 87.800 € 2009: 87.800 € 2010: 87.800 €
37	Vorschlag wird geändert umgesetzt, einzusparen sind 2007: 0 € 2008: 253.980 € 2009: 253.980 € 2010: 253.980 €
38	Vorschlag wird nicht aufgegriffen
39	Vorschlag wird nicht aufgegriffen
40	Vorschlag wird geändert umgesetzt, einzusparen sind 2007: 0 € 2008: 315.000 € 2009: 315.000 € 2010: 315.000 €
41	Vorschlag wird nicht aufgegriffen, Einsparbetrag wird auf andere Weise
42	Vorschlag wird umgesetzt
46	Vorschlag wird umgesetzt
48	Vorschlag wird umgesetzt
49	Vorschlag wird umgesetzt
52	Vorschlag wird umgesetzt
53	Vorschlag wird umgesetzt

54	Vorschlag wird umgesetzt
55	Vorschlag wird umgesetzt
57	Vorschlag wird umgesetzt
58	Vorschlag wird umgesetzt
59	Vorschlag wird umgesetzt
60	Vorschlag wird umgesetzt
61	Vorschlag wird umgesetzt
62	Vorschlag wird umgesetzt
63	Vorschlag wird umgesetzt
64	Vorschlag wird umgesetzt
65	Vorschlag wird umgesetzt
66	Vorschlag wird umgesetzt
67	Vorschlag wird umgesetzt
68	Vorschlag wird umgesetzt
69	Vorschlag wird umgesetzt
70	Vorschlag wird umgesetzt
72	Vorschlag wird geändert umgesetzt, einzusparen sind 2007: 150.000 € 2008: 125.000 € 2009: 135.000 € 2010: 135.000 €
81	Vorschlag wird umgesetzt
113	Vorschlag wird umgesetzt
115	Vorschlag wird geändert umgesetzt, einzusparen sind 2007: 0 € 2008: 75.000 € 2009: 75.000 € 2010: 75.000 €
116	Vorschlag wird umgesetzt
117	Vorschlag wird umgesetzt
126	Vorschlag wird nicht aufgegriffen, im Laufe des Jahres 2007 wird ein Gesamtkonzept zur Umwandlung des Bennohauses (Medienhaus) erarbeitet
127	Vorschlag wird geändert umgesetzt, einzusparen sind 2007: 0 € 2008: 22.500 € 2009: 22.500 € 2010: 22.500 €
131	Vorschlag wird geändert umgesetzt, einzusparen durch Einsatz von ehrenamtlichen Kräften sind 2007: 0 € 2008: 67.500 € 2009: 67.500 € 2010: 67.500 €
132	Vorschlag wird umgesetzt
134	Vorschlag wird umgesetzt
137 bis 141	Vorschlag wird geändert umgesetzt, einzusparen sind 2007: 60.000 € 2008: 180.000 € 2009: 180.000 € 2010: 180.000 €
142	Vorschlag wird geändert umgesetzt, einzusparen sind 2007: 0 € 2008: 60.000 € 2009: 60.000 € 2010: 60.000 €
144	Vorschlag wird nicht aufgegriffen
147	Vorschlag wird umgesetzt
148	Vorschlag wird umgesetzt
149	Vorschlag wird umgesetzt
150	Vorschlag wird umgesetzt
151	Vorschlag wird umgesetzt, die Einsparungen erfolgen nur im Bereich der wissenschaftlichen Arbeit
163	Vorschlag wird umgesetzt
170	Vorschlag wird umgesetzt
182	Vorschlag wird umgesetzt
194	Vorschlag wird umgesetzt
197	Vorschlag wird umgesetzt
198	Vorschlag wird umgesetzt
199	Vorschlag wird umgesetzt
201	Vorschlag wird nicht aufgegriffen, die Förderung der Altbausanierung

	mit 100.000 € p.a. wird bis zum Jahr 2010 fortgeschrieben.
203	Vorschlag wird umgesetzt
204	Vorschlag wird umgesetzt
206	Vorschlag wird umgesetzt
208	Vorschlag wird umgesetzt
211	Vorschlag wird nicht aufgegriffen
212	Vorschlag wird umgesetzt
213	Vorschlag wird umgesetzt
214	Vorschlag wird umgesetzt
215	Vorschlag wird umgesetzt
216	Vorschlag wird umgesetzt
217	Vorschlag wird umgesetzt
219	Vorschlag wird umgesetzt
220	Vorschlag wird umgesetzt
221	Vorschlag wird geändert umgesetzt, einzusparen sind 2007: 5.000 € 2008: 10.000 € 2009: 10.000 € 2010: 10.000 €
222	Vorschlag wird geändert umgesetzt, einzusparen sind 2007: 200.000 € 2008: 270.000 € 2009: 270.000 € 2010: 270.000 €
224	Vorschlag wird geändert umgesetzt, einzusparen sind 2007: 0 € 2008: 6.100 € 2009: 12.200 € 2010: 12.200 €
226	Vorschlag wird geändert umgesetzt, einzusparen sind durch Umwandlung in einen Eigenbetrieb 2007: 150.000 € 2008: 300.000 € 2009: 337.500 € 2010: 487.500 €
227	Vorschlag wird nicht aufgegriffen
230	Vorschlag wird geändert umgesetzt, einzusparen sind 2007: 0 € 2008: 142.500 € 2009: 142.500 € 2010: 142.500 €
231	Vorschlag wird geändert umgesetzt, einzusparen sind 2007: 90.000 € 2008: 180.000 € 2009: 180.000 € 2010: 180.000 €
233	Vorschlag wird umgesetzt

Der Ausschuss einigte sich hierzu auf folgendes Verfahren:

Anhand des Antrages der CDU/FDP-Fraktion zur Umsetzung der Rödl-Vorschläge werden die einzelnen Vorschläge mit Stellenplanbezug beraten bzw. wird über diese abgestimmt. Anträge der übrigen Fraktionen werden gegebenenfalls zu den einzelnen Vorschlägen gestellt.

Zunächst gaben alle Fraktionen eine kurze Stellungnahme für ihre Partei zu dem Gutachten der Firma Rödl & Partner ab. Frau Wendland erläuterte dabei den CDU/FDP-Antrag und begründete einzelne Vorschläge, wie z.B. zum Haus Rüschaus, zu den Bürgerbüros, zum Betriebskindergarten oder zur Bücherei im Detail. Insgesamt bringe das Rödl-Gutachten sehr positive Ergebnisse.

Herr Klas kritisierte die kurzfristige Vorlage des Antrags der Mehrheitsfraktion, da dieser erst in der heutigen Sitzung vorgelegt wurde. Damit sei eine vernünftige Vorbereitung nicht möglich gewesen. Bezogen auf das Rödl-Gutachten erklärte er, dass die Einsparvorschläge sehr zu Lasten der Verwaltung gingen, die die Haushaltskonsolidierung im Wesentlichen ausbaden müsste.

Herr Pölling erklärte für die SPD, dass die Personalverwaltung bereits ohne das Rödl-Gutachten zu Stellenreduzierungen beigetragen habe und insoweit das Rödl-Gutachten zu keinen neuen Erkenntnissen beitragen würde. Eine weitere Stellungnahme zu den Rödl-Vorschlägen sei daher entbehrlich. Herr Pölling verwies in diesem Zusammenhang

auf den Punkt 4 des Antrags der SPD-Fraktion. Die Konsolidierung im Personalbereich sei fortzuführen. Durch weitere Maßnahmen solle weiteres Einsparpotential erschlossen werden. Im Übrigen würden die jetzt zu beschließenden großen Einsparbeträge für 2007 realistisch betrachtet gar nicht mehr erreicht werden können. Es könne sich also nur um „Luftbuchungen“ handeln und daher werde die SPD das nicht mitgetragen.

Herr Varnhagen gab eine Stellungnahme für die FDP-Fraktion ab. Überdies wies er ausdrücklich die Kritik der SPD zurück.

Herr Dr. Heinrichs erklärte, über die jetzt angebrachten kw-Vermerke hinaus müsste aufgrund des IKV eine Vielzahl weiterer kw-Vermerke angebracht werden. Im Übrigen könne die Umsetzung einer konkreten Verteilung der Einsparsummen auf die Haushaltsjahre 2007 bis 2010 nicht 1 : 1 garantiert werden. Dies hinge letztlich von der konkreten Umsetzbarkeit der damit verbundenen Personalmaßnahmen im Einzelfall ab.

Vor Einstieg in die Beratung der einzelnen Vorschläge gab Herr Goerke den Hinweis auf die kw-Vermerke, die an den stellenplanbezogenen Vorschlägen angebracht würden. Sukzessive würden die Stelleneinsparungen über den Stellenplan konkretisiert.

Zu den Vorschlägen, bei denen kein Einvernehmen herrschte und die teilweise kontrovers diskutiert wurden, erfolgte eine Abstimmung.

Beratungsergebnis:

Rödl -Nr.	Ergebnis	kw- Vermerk
1	Vorschlag wird einvernehmlich nicht aufgegriffen	
4	Vorschlag wird einvernehmlich geändert umgesetzt: 2007: 10.000 €; 2008: 10.000€; 2009: 10.000 €; 2010: 10.000 €	
8	Vorschlag wird einvernehmlich geändert umgesetzt: 2007: 0 €; 2008: 22.500 €; 2009: 22.500 €; 2010: 22.500 €	0,5 = A 12
15	Vorschlag wird einvernehmlich umgesetzt	0,37 = G5
17	Vorschlag wird einvernehmlich umgesetzt	
20	Vorschlag wird einvernehmlich nicht aufgegriffen	
23	Vorschlag wird einvernehmlich umgesetzt	
24	Vorschlag wird mehrheitlich mit den Stimmen von CDU/FDP gegen SPD/Bündnis90/Die Grünen/GAL geändert umgesetzt: 2007: 225.000 €; 2008: 900.000 €; 2009: 1.890.000 €; 2010: 3.015.000 €	2 = G09 1 = G10 1 = G05 1 = G06
25	Vorschlag wird einvernehmlich umgesetzt	0,5 = A 7
27	Vorschlag wird einvernehmlich umgesetzt	2 = G 05 1 = A 14 1,5 = G14
28	Vorschlag wird einvernehmlich nicht aufgegriffen	
29	Vorschlag wird mehrheitlich mit den Stimmen von CDU/FDP gegen SPD/Bündnis90/Die Grünen/GAL geändert umgesetzt: 2007: 0 €; 2008: 45.000 €; 2009: 45.000 €; 2010: 45.000 €	1 = A 8
32	Vorschlag wird einvernehmlich umgesetzt	
35	Vorschlag wird einvernehmlich umgesetzt	
36	Vorschlag wird einvernehmlich geändert umgesetzt: 2007: 0 €; 2008: 87.800 €; 2009: 87.800 €; 2010: 87.800 €	1 = A 11 1 = G 08
37	Zum Vorschlag <u>Nr. 37</u> stellte die CDU/FDP-Fraktion folgenden Antrag zur Privatisierung der Stadthalle Hilstrup:	1 = G08 1 = G07 0,5 = G10

Stadthalle Hilstrup privatisieren

Chancen zur Kostenreduzierung nutzen - Interessen Hilstrups berücksichtigen

Die Verwaltung wird beauftragt, die Privatisierung der Stadthalle Hilstrup mit dem Ziel vorzubereiten, dass der städtische Haushalt von dem heutigen jährlichen Defizit entlastet wird.

- I. Dazu soll im Jahr 2007 die Stadthalle Hilstrup auf ihre Privatisierungsfähigkeit bzw. auf die Privatisierung von Anteilen der Halle geprüft werden.
- II. Für die Stadthalle soll ein Privatisierungskonzept entwickelt werden. Mit dem Ziel, eine bessere Wirtschaftlichkeit zu erreichen, ist zu prüfen und darzulegen, ob die Halle
 1. an einen privaten Investor zu veräußern ist.
 2. im Rahmen eines PPP-Modells teilprivatisiert werden kann.
 3. möglichst umfänglich über eine Ausschreibung zu verpachten ist.
- III. Im weiteren Verfahren sollen Lösungsvorschläge für die Durchführung der Privatisierung entwickelt werden.

Begründung:

Finanzielle Rahmendaten

Das Gutachten der Firma Rödl & Partner sieht für die Stadthalle Hilstrup ein jährliches Konsolidierungsvolumen in einer Größenordnung 254.000 Euro, d. h. für den Konsolidierungszeitraum bis zum Jahr 2010 einen Beitrag von insgesamt 1,016 Mio. Euro vor.

Jede der jährlich dort stattfindenden etwa 430 Veranstaltungen wird somit mit rund 600 Euro kommunal subventioniert. Jede zweite Veranstaltung in der Stadthalle wird von Auswärtigen betrieben.

Investitionsbedarf

Die Stadthalle Hilstrup entspricht in ihrer heutigen Ausstattung nicht mehr marktgerechten Anforderungen. Das Gebäude und die Gebäudetechnik sind sanierungsbedürftig. Mit städtischen Finanzmitteln ist es aktuell nicht darstellbar, die notwendigen Investitionen in moderne Gebäudetechnik, wie beispielsweise in eine Klimaanlage, aufzubringen, um eine bessere Vermarktbarkeit und damit einen wirtschaftlicheren Betrieb zu erzielen.

Diesen Herausforderungen zufolge können Darlegungen nicht überzeugen, die Überlegungen für eine Privatisierung tabuisieren zu wollen. Ein schlichtes „Weiter so“ unter nur marginal veränderten Rahmenbedingungen ermöglicht weder der Stadthalle eine positive Entwicklung, noch löst es das Problem des fortlaufenden Defizits.

	Sonstiges Die Ratsfraktionen von CDU und FPD sind der Auffassung, dass eine Chance besteht, dieses Defizit durch eine Privatisierung zu reduzieren und die notwendigen Investitionen zu realisieren. Nach der Devise ‚Privat vor Staat‘ sollen Investoren und Betreiber für den Betrieb und Unterhaltung dieses Veranstaltungszentrums gewonnen werden. Das Ziel ist ein qualitätsvoller Fortbestand der Stadthalle zu geringeren Kosten. Im Jahr 2007 soll nun eine intensive Prüfung der Kosten und die Chancen einer möglichen Privatisierung bzw. Vermarktbarkeit der Stadthalle erfolgen. Dabei ist nicht nur eine Veräußerung, sondern auch eine teilweise bzw. umfassende Verpachtung zu prüfen. Bevor nach einer vorausgehenden detaillierten Analyse abschließende Beschlüsse getroffen werden, wollen die antragsstellenden Fraktionen die Vereine und Nutzergruppen, die heute regelmäßig die Halle benutzen, in die Diskussion einbinden. Nach kurzer Diskussion im Ausschuss stellte Frau Wendland den Antrag, die Ziffer II um folgenden Zusatz zu ergänzen: „Ziel ist es, ab dem Jahr 2008 die im Rödl-Gutachten unter der Ziffer 37 genannten Einsparungen zu erreichen.“ Gegen die Stimmen von SPD und Bündnis90/Die Grünen/GAL wurde der Zusatz in den Antrag aufgenommen. Der so geänderte Antrag wurde mit den Stimmen von CDU/FDP gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung von Bündnis90/Die Grünen/GAL angenommen. Abstimmung zum Vorschlag: Der Vorschlag wird mehrheitlich mit den Stimmen von CDU/FDP geändert umgesetzt: 2007: 0 €; 2008: 253.980 €; 2009: 253.980 €; 2010: 253.980 €	
38	Vorschlag wird einvernehmlich nicht aufgegriffen	
39	Vorschlag wird einvernehmlich nicht aufgegriffen	
40	Vorschlag wird mehrheitlich mit den Stimmen von CDU/FDP gegen SPD/Bündnis90/Die Grünen/GAL geändert umgesetzt: 2007: 0 €; 2008: 315.000 €; 2009: 315.000 €; 2010: 315.000 €	1 = A 7 2 = A 8 3 = G08 1 = A 10
46	Vorschlag wird einvernehmlich umgesetzt	0,5 = G 6
48	Vorschlag wird einvernehmlich umgesetzt	
49	Vorschlag wird einvernehmlich umgesetzt	
52	Vorschlag wird einvernehmlich umgesetzt	0,75 = A8
53	Vorschlag wird einvernehmlich umgesetzt	
54	Vorschlag wird einvernehmlich umgesetzt	
55	Vorschlag wird einvernehmlich umgesetzt	1 = G 09 (54 + 55)
57	Vorschlag wird einvernehmlich umgesetzt	0,68 = G 12
58	Vorschlag wird einvernehmlich umgesetzt	
59	Vorschlag wird einvernehmlich umgesetzt	0,5 = G12 (58 + 59)

60	Vorschlag wird einvernehmlich umgesetzt	0,34 = A 13 hD
61	Vorschlag wird einvernehmlich umgesetzt	1,15 = G 11 1 = G 09V
62	Vorschlag wird einvernehmlich umgesetzt	
63	Vorschlag wird einvernehmlich umgesetzt	0,35 = G8
64	Vorschlag wird einvernehmlich umgesetzt	0,5 = G12
65	Vorschlag wird einvernehmlich umgesetzt	0,25 = G 12
66	Herr Goerke weist darauf hin, dass die Gesamteinsparungen zwar jeweils 75.000 € betragen, die Personalkosten jedoch nur um jeweils 15.000 € reduziert würden. Dies resultiere aus der bisherigen Erstattung der Landespauschale zum ÖPNV in Höhe von 60.000 €. In diesem Zusammenhang erläuterte Herr Goerke insgesamt die Einsparungen im Amt für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehrsplanung. Der Vorschlag wird einvernehmlich umgesetzt	0,25 = G 12
67	Vorschlag wird einvernehmlich umgesetzt	1 = G09V
68	Vorschlag wird mehrheitlich mit den Stimmen von CDU/FDP und SPD gegen Bündnis90/Die Grünen/GAL umgesetzt	1 = G 11
69	Vorschlag wird mehrheitlich mit den Stimmen von CDU/FDP gegen Bündnis90/Die Grünen/GAL bei Stimmenthaltung der SPD umgesetzt	0,5 = G11
70	Vorschlag wird mehrheitlich mit den Stimmen von CDU/FDP und SPD gegen Bündnis90/Die Grünen/GAL umgesetzt	0,5 = G11
72	Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung nahm einvernehmlich zur Kenntnis, dass die Einsparungen hierzu im Vorschlag 230 dargestellt sind. Der im CDU/FDP-Antrag veränderte Vorschlag wurde nicht aufgegriffen.	
81	Vorschlag wird mehrheitlich mit den Stimmen von CDU/FDP gegen SPD/Bündnis90/Die Grünen/GAL umgesetzt	0,5 = G05
109	Vorschlag wird mehrheitlich mit den Stimmen von CDU/FDP gegen SPD/Bündnis90/Die Grünen/GAL umgesetzt	
113	Die SPD-Fraktion stellte zu diesem Vorschlag folgenden Antrag: „Schulpsychologische Beratung Ablehnung Zusätzlich Einrichtung einer zusätzliche Planstelle eines/r Schulpsychologe/in“ Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU/FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis90/Die Grünen/GAL gegen die Stimmen der SPD abgelehnt. Der Vorschlag Nr. 113 wird mehrheitlich mit den Stimmen von CDU/FDP gegen SPD/Bündnis90/Die Grünen/GAL umgesetzt	1,5 = G10
115	Vorschlag wird mehrheitlich mit den Stimmen von CDU/FDP gegen SPD/Bündnis90/Die Grünen/GAL geändert umgesetzt: 2007: 0 €; 2008: 75.000 €; 2009: 75.000 €; 2010: 75.000 €	1 = A 14
116	Vorschlag wird mehrheitlich mit den Stimmen von CDU/FDP gegen SPD/Bündnis90/Die Grünen/GAL umgesetzt	
117	Vorschlag wird mehrheitlich mit den Stimmen von CDU/FDP und SPD gegen Bündnis90/Die Grünen/GAL umgesetzt	1 = A 11
121	Vorschlag wird gemäß dem Beschluss des Kulturausschusses einvernehmlich umgesetzt	
126	Vorschlag wird einvernehmlich nicht aufgegriffen	

127	Vorschlag wird einvernehmlich geändert umgesetzt: 2007: 0 €; 2008: 22.500 €; 2009: 22.500 €; 2010: 22.500 €	0,26 = G 08; 0,24 = Beschäftigungsentgelte
131	Vorschlag wird mehrheitlich mit den Stimmen von CDU/FDP gegen SPD/Bündnis90/Die Grünen/GAL geändert umgesetzt: 2007: 0 €; 2008: 67.500 €; 2009: 67.500 €; 2010: 67.500 €	0,5 = G09 1 = G06
132	Vorschlag wird mehrheitlich mit den Stimmen von CDU/FDP gegen SPD/Bündnis90/Die Grünen/GAL umgesetzt	1,32 = G06
133	Vorschlag wird mehrheitlich mit den Stimmen von CDU/FDP gegen SPD/Bündnis90/Die Grünen/GAL gemäß Beschluss des Kulturausschusses umgesetzt: 2007: 0 €; 2008: 90.000 €; 2009: 180.000 €; 2010: 180.000 €	1 = G 10 2 = G 09 1 = G 06
134	Vorschlag wird einvernehmlich umgesetzt	2,5 = G05
137 bis 141	Herr Goerke wies darauf hin, dass bei den Personalkosteneinsparungen die Beträge sich auf 135.000 für 2007 und ab 2008 auf jeweils 270.000 € belaufen. Vorschlag wird mehrheitlich mit den Stimmen von CDU/FDP gegen SPD/Bündnis 90/Die Grünen/GAL geändert umgesetzt: 2007: 60.000 €; 2008: 180.000 €; 2009: 180.000 €; 2010: 180.000 €	6 = G09
142	Vorschlag wird mehrheitlich mit den Stimmen von CDU/FDP gegen SPD/Bündnis90/Die Grünen/GAL geändert umgesetzt: 2007: 0 €; 2008: 60.000 €; 2009: 60.000 €; 2010: 60.000 €	0,5 = G06
144	Vorschlag wird einvernehmlich nicht aufgegriffen	
147	Vorschlag wird mehrheitlich mit den Stimmen von CDU/FDP und SPD gegen Bündnis90/Die Grünen/GAL umgesetzt	0,24 = A 15
148	Vorschlag wird mehrheitlich mit den Stimmen von CDU/FDP gegen SPD/Bündnis90/Die Grünen/GAL umgesetzt. Die Bitte des Ausschusses an die Verwaltung zu prüfen, wie die Arbeiten künftig erledigt werden, ob dafür 1-€-Kräfte beschäftigt werden, greift die Verwaltung auf.	
149	Vorschlag wird mehrheitlich mit den Stimmen von CDU/FDP gegen SPD/Bündnis90/Die Grünen/GAL umgesetzt	
150	Vorschlag wird mehrheitlich mit den Stimmen von CDU/FDP gegen SPD/Bündnis90/Die Grünen/GAL umgesetzt	0,5 G 06 (148 - 150)
151	Vorschlag wird mehrheitlich mit den Stimmen von CDU/FDP gegen SPD/Bündnis90/Die Grünen/GAL umgesetzt. Die Einsparungen erfolgen nur im Bereich der wissenschaftlichen Arbeit	0,5 = A14
163	Vorschlag wird einvernehmlich umgesetzt	2 = G03
170	Vorschlag wird einvernehmlich umgesetzt	0,5 = G09
182	Die SPD-Fraktion stellte hierzu folgenden Antrag: „Schließung 5. Gruppe Kita Drostenhof Wolbeck aussetzen bis die endgültigen Anmeldezahlen einschl. Übermittags- und Nachmittagsbetreuung vorliegen“ Herr Pölling gab dazu kurze Erläuterungen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU/FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis90/Die Grünen/GAL gegen die Stimmen der SPD abgelehnt. Der Vorschlag Nr. 182 wird einvernehmlich umgesetzt	0,5 = G03 1 = G06
194	Vorschlag wird einvernehmlich umgesetzt	0,5 = A11
197	Vorschlag wird einvernehmlich umgesetzt	1 = G 10
198	Vorschlag wird mehrheitlich mit den Stimmen von CDU/FDP und Bündnis90/Die Grünen/GAL gegen die Stimmen der SPD umgesetzt	

199	Vorschlag wird mehrheitlich mit den Stimmen von CDU/FDP und Bündnis90/Die Grünen/GAL gegen die Stimmen der SPD umgesetzt	
201	Vorschlag wird einvernehmlich nicht aufgegriffen. Die Förderung der Altbausanierung mit 100.000 € p.a. wird bis zum Jahr 2010 fortgeschrieben.	
203	Vorschlag wird mehrheitlich mit den Stimmen von CDU/FDP und Bündnis90/Die Grünen/GAL gegen die Stimmen der SPD umgesetzt	
204	Vorschlag wird einvernehmlich umgesetzt	
206	Vorschlag wird einvernehmlich umgesetzt	2 = A08 (198, 199, 203, 204 + 206)
208	Vorschlag wird einvernehmlich umgesetzt	
211	Vorschlag wird einvernehmlich nicht aufgegriffen	
212	Vorschlag wird einvernehmlich umgesetzt	
213	Vorschlag wird mehrheitlich mit den Stimmen von CDU/FDP und SPD gegen die Stimmen von Bündnis90/Die Grünen/GAL umgesetzt	
214	Vorschlag wird einvernehmlich umgesetzt	
215	Vorschlag wird einvernehmlich umgesetzt	
216	Vorschlag wird mehrheitlich mit den Stimmen von CDU/FDP und SPD gegen die Stimmen von Bündnis90/Die Grünen/GAL umgesetzt	
217	Vorschlag wird mehrheitlich mit den Stimmen von CDU/FDP und SPD gegen die Stimmen von Bündnis90/Die Grünen/GAL umgesetzt	1=A13 gD 3 = G08 0,5= A14 1 = G11 1 = G06 (212 - 217)
219	Vorschlag wird einvernehmlich umgesetzt	2 = G 11
220	Vorschlag wird mehrheitlich mit den Stimmen von CDU/FDP und SPD gegen die Stimmen von Bündnis90/Die Grünen/GAL umgesetzt	0,5 = G06
221	Vorschlag wird mehrheitlich mit den Stimmen von CDU/FDP gegen SPD/Bündnis 90/Die Grünen/GAL geändert umgesetzt: 2007: 5.000 €; 2008: 10.000 €; 2009: 10.000 €; 2010: 10.000 €	
222	Vorschlag wird einvernehmlich geändert umgesetzt: 2007: 200.000 €; 2008: 270.000 €; 2009: 270.000 €; 2010: 270.000 €	2 = A 10 2 = G 11 1= A13gD
224	Vorschlag wird mehrheitlich mit den Stimmen von CDU/FDP und SPD gegen die Stimmen von Bündnis90/Die Grünen/GAL geändert umgesetzt: 2007: 0 €; 2008: 6.100 €; 2009: 12.200 €; 2010: 12.200 €	
226	Vorschlag wird mehrheitlich mit den Stimmen von CDU/FDP gegen SPD/Bündnis 90/Die Grünen/GAL geändert umgesetzt: 2007: 150.000 €; 2008: 300.000 €; 2009: 337.500 €; 2010: 487.500 €	1,5 = G03 1,5 = G05 1 = G 13 0,5 = A10 1 = A11
227	Vorschlag wird einvernehmlich nicht aufgegriffen	
230	Vorschlag wird einvernehmlich geändert umgesetzt: 2007: 0 €; 2008: 142.500 €; 2009: 142.500 €; 2010: 142.500 €	1 = G08 0,5 = G10

10.12 Schlussabstimmung

Bei der abschließenden Gesamtabstimmung beschloss der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung mehrheitlich mit den Stimmen von CDU/FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen/GAL dem Rat die Annahme des Stellenplanes der Stadt Münster für das Haushaltsjahr 2007 in der Fassung des Verwaltungsentwurfs (ein-

schließlich der Ergänzung) unter Berücksichtigung der in dieser Sitzung beschlossenen Veränderungen und der Ergebnisse zur Abstimmung über die Vorschläge aus dem Rödl-Gutachten zu empfehlen.

Punkt 11 der Tagesordnung

Beratung des Haushaltsplanes der Stadt Münster für das Haushaltsjahr 2007

Dem Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung lagen zur Beratung folgende Unterlagen vor:

- Beratungsplan mit den einzelnen in die Zuständigkeit des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung fallenden Haushaltsstellen (einschließlich der Buchungspläne) vom November 2006
Dazu:
 - Veränderungsliste zum kameralen Haushalt
- Haushaltsplan-Entwurf doppischer Teil
Dazu:
 - Veränderungsliste
 - Veränderungsblatt als Tischvorlage
 - Antrag der SPD vom 08.03.07
- CDU/FDP-Antrag zu der Umsetzung der Vorschläge aus dem Rödl-Gutachten vom 08.03.07
- Antrag der Fraktion der UWG-MS/ödp

Die Unterlagen – mit Ausnahme der Haushaltsplan-Entwürfe – sind dem Original dieser Niederschrift beigelegt.

11.1 Haushaltsplan-Entwurf 2007 mit Veränderungsliste

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, die in seiner Zuständigkeit liegenden Positionen des Haushaltsplan-Entwurfs 2007 einschließlich der Veränderungsliste anzunehmen.

11.2 Haushaltsplan-Entwurf 2007 – doppischer Teil mit Veränderungsliste und Veränderungsblatt

Hierzu stellte die SPD-Fraktion folgenden Antrag:

„Doppischer Haushalt, Veränderungen zum Entwurf des Haushaltsplanes 2007:
Teilergebnisplan Produktgruppe 0206
Ifd. Nr. 9 Bilanzielle Abschreibung
sowie
Ifd. Nr. 18 An- und Verkauf von Dienstfahrzeugen entfallen“

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde mehrheitlich mit den Stimmen von CDU/FDP und Bündnis 90/Die Grünen/GAL gegen die Für-Stimmen der SPD abgelehnt.

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss sodann, die in seiner Zuständigkeit liegenden Positionen des Haushaltsplan-Entwurfs, doppischer Teil einschließlich der Veränderungsliste und des als Tischvorlage vorliegenden Veränderungsblattes anzunehmen.

11.3 Abstimmung über die Vorschläge aus dem Rödl-Gutachten mit Haushaltsbezug

Entsprechend der Beratung zu den stellenplanrelevanten Rödl-Vorschlägen wurde die Beratung hier ebenfalls anhand des unter TOP 10 aufgeführten CDU/FDP-Fraktionsantrags vorgenommen. Zu den einzelnen Vorschlägen haben die übrigen Fraktionen ihrerseits Anträge gestellt bzw. stellen können.

Die Beratung ergab folgendes Ergebnis

Rödl-Nr.	Ergebnis
18	Vorschlag wird einvernehmlich umgesetzt
19	Vorschlag wird einvernehmlich geändert umgesetzt: 2007: 10.000 €; 2008: 10.000 €; 2009: 10.000 €; 2010: 10.000 €
21	Vorschlag wird einvernehmlich nicht aufgegriffen. Der Antrag der UWG-MS/ödp ist damit erledigt.
22	Vorschlag wird einvernehmlich geändert umgesetzt: 2007: 200.000 €; 2008: 400.000 €; 2009: 600.000 €; 2010: 600.000 €
26	Vorschlag wird einvernehmlich umgesetzt
30	Vorschlag wird einvernehmlich umgesetzt
31	Vorschlag wird einvernehmlich umgesetzt
33	Vorschlag wird einvernehmlich nicht aufgegriffen
34	Vorschlag wird einvernehmlich umgesetzt
41	Vorschlag wird mehrheitlich mit den Stimmen von CDU/FDP und SPD gegen die Stimmen von Bündnis90/Die Grünen/GAL umgesetzt
42	Vorschlag wird einvernehmlich umgesetzt
231	Die CDU/FDP-Fraktion stellte folgenden Antrag: Die Verwaltung wird beauftragt, • dem Rat eine Verordnung zur Änderung der Parkgebührenordnung in der Fassung vom 2.6.2004 vorzulegen mit der Maßgabe, die Parkgebühr je halber Stunde in der Zone I von 0,50 € auf 0,60 € zu erhöhen, • die Entgelte für Kurz- und Langzeitparker auf den städtischen Parkplätzen und in den unmittelbaren Innenstadtparkhäusern (Aegidii, Westfalen, Theater) im Gebiet der Stadt Münster zeitgleich an die erhöhten Parkgebühren nach der Parkgebührenordnung anzupassen bzw. auf eine Anpassung hinzuwirken. Der Antrag wurde um einen Spiegelstrich wie folgt ergänzt: • die Bewirtschaftungsdauer der Parkuhren und Parkscheinautomaten in der Zone I auf werktags bis 20 Uhr auszudehnen, um diese den geänderten Ladenöffnungszeiten und tatsächlichen Nutzungszeiten anzupassen Der so geänderte Antrag wurde einvernehmlich angenommen. Vorschlag wird einvernehmlich geändert umgesetzt: 2007: 90.000 €; 2008: 180.000 € 2009: 180.000 €; 2010: 180.000 €

Der im Antrag der CDU/FDP-Fraktion aufgeführte Vorschlag 233 fällt nicht in die Zuständigkeit des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung und wurde daher nicht beraten.

11.4 Gesamtabstimmung

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss anschließend mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD/Bündnis90/Die Grünen/ GAL, den in der Anlage zu diesem TOP aufgeführten Unterabschnitten/Haushaltsansätzen und Positionen im doppischen Teil des Haushalts, den mit den Veränderungslisten und der Tischvorlage vorgeschlagenen Ergänzungen unter Berücksichtigung der kostenwirksamen Änderungsempfehlungen zum Stellenplan 2007 und zum Haushaltsplan 2007 – einschließlich der beschlossenen Vorschläge zur Umsetzung des Rödl-Gutachtens zuzustimmen.

Punkt 12 der Tagesordnung

Verschiedenes

Herr Dr. Heinrichs teilte mit, dass es zur Wahl der Dezernentin/des Dezernenten V voraussichtlich am 28.03.07 zu einer gemeinsamen Sitzung des Hauptausschusses und des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung kommen werde. Möglicherweise könnte der Termin auch auf den 21.03.07 vorgezogen werden. Die endgültige Entscheidung dazu sei noch nicht getroffen. Die Mitglieder des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung würden in jedem Fall unverzüglich informiert, sobald der Termin feststünde.

Darüber hinaus bestätigte Herr Dr. Heinrichs die Terminverschiebung der Maisitzung (24.05.07) auf den 05.06.07. Dies war den Mitgliedern bereits mit der Einladung zur Etat-Sitzung mitgeteilt worden.

Ende der Sitzung: 20:05 Uhr

Stefan Weber
Vorsitz

Gez.
Andrea Gottlob
Schriftführung